



RATHAUS-DEPESCHE

AUSGABE NR. 152

JANUAR 2016

Mehr über unsere Arbeit erfahren Sie auf unserer Internetseite oder auf der Facebook-Seite der SPD Nürnberg.

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser der Rathaus-Depesche,
ich wünsche Ihnen allen ein gesundes neues Jahr 2016 und hoffe, Sie gehen gestärkt nach einigen hoffentlich ruhigen Festtagen in das neue Jahr mit all seinen Aufgaben und neuen Anforderungen.

Wir haben im Jahr 2015 viele wichtige Weichenstellungen getroffen, insbesondere in unseren Haushaltsberatungen im November. Dort haben wir weitgehend gemeinsam einen Haushalt mit zahlreichen Investitionen auf den Weg gebracht, aber auch eine relativ hohe Neuverschuldung für die Stadt beschließen müssen. Um all die Investitionen vor allem in Bildung und Betreuung, in den ÖPNV bzw. in die verkehrliche Infrastruktur stemmen zu können, muss auch gespart werden und wir werden höhere Einnahmen für die Stadt generieren und neue Kredite aufnehmen müssen. Zu rechtfertigen ist dies aus unserer Sicht damit, dass unsere Investitionen langfristig angelegt sind und kommenden Generationen zugutekommen.

2016 werden wir uns sowohl mit vielfältigen Fragen der Integration aufgrund der aktuellen Zuwanderung beschäftigen, wir werden das Thema Langzeitarbeitslosigkeit weiter angehen, wir wollen bezahlbaren Wohnraum schaffen, wir setzen weiter unser ambitioniertes Schulbau- und Hortbauprogramm um, wir bekennen uns zur Daseinsvorsorge in kommunaler Verantwortung und wir hoffen auf einen Erfolg der VAG-Tarifreform.

Viel zu tun und anzupacken – wir gehen dies positiv an und freuen uns auf ein Jahr mit vielen kommunalpolitischen Herausforderungen, die wir bewältigen wollen.

Viele Grüße



Dr. Anja Pröb-Kammerer
Fraktionsvorsitzende



WEICHEN FÜR WOHNUNGSBAUOFFENSIVE GESTELLT – GEFÖRDERTEN WOHNUNGSBAU STÄRKEN

Das Gutachten zum Wohnen 2025, welches auf Initiative der SPD-Fraktion erstellt wurde und der aktuelle Wohnungsbericht machen deutlich, dass preisgünstiger Wohnraum in der wachsenden Stadt Nürnberg immer knapper wird. Im Stadtrat haben wir in den vergangenen Jahren deshalb schon einiges auf den Weg gebracht, um eine deutliche Verbesserung zu erreichen.

Zu nennen sind hier das Gutachten zur Identifizierung von Wohnbauflächenpotenzialen, das Instrument der Konzeptausschreibung, die Kappings- und Mietpreisbremse und die veränderte Stellplatzsatzung, um Bauen billiger zu machen. Dazu gehören auch eine Verbesserung der Abläufe innerhalb der Verwaltung und die Einrichtung einer Wohnbaukoordinatorin, die die entsprechende Koordinierungs- und Steuerungsfunktion übernimmt. Das betrifft

die Intensivierung der Erschließungsmaßnahmen, die Bereitstellung der notwendigen Ausgleichsflächen und



die Schaffung ausreichender personellen Ressourcen in den Dienststellen. Eine kürzlich erfolgte Aufstockung der Stellen im Hochbauamt

komplettiert deshalb das Gesamtpaket zur Wohnbauoffensive.

Ziel ist es jedes Jahr ca. 2.500 neue Wohnungen zu schaffen. 2014 lag die Zahl der Baugenehmigungen bei 1.823 und damit noch unter der Zielgröße. Deshalb hat der Stadtplanungsausschuss im Dezember insgesamt sechs Bebauungspläne auf den Weg gebracht und damit die ersten Voraussetzungen geschaffen, um bis zum Jahr 2030 mehr als 30.000 neue Wohnungen zu errichten. Die zukünftigen Standorte sind Wetzendorf, die Avenariusstraße, das Tafelgelände, Boxdorf, das Tiefe Feld und das Gelände um das August-Meier-Heim. Ergänzt werden die Pläne um die Ankündigung des Freistaats in direkter Nähe des August-Meier-Heims rund 500 Wohnungen durch das Evangelische Siedlungswerk errichten zu lassen.

(weiter auf S. 2)

(Fortsetzung von S. 1)

Da 30% der zu errichtenden Wohnungen, nach Beschluss des Stadtrats, für den geförderten Wohnungsbau zur Verfügung stehen müssen, werden künftig mehr als 1200 Wohnungen breiten Bevölkerungsschichten zur Verfügung stehen. Darunter fallen Alleinerziehende, Studenten, Rentner oder Familien mit Kindern. Bei den hohen Einkommensgrenzen kann z.B. eine Familie mit zwei Kindern bis zu 64.000 Euro brutto im Jahr verdie-

nen und hat immer noch Anspruch auf eine sozial geförderte Wohnung. Ein Schwerpunkt des Wohnungsbaus wird auch künftig im Bereich des sozial geförderten Wohnungsbaus liegen. Deshalb werden wir Flächen, die sich im Eigentum der Stadt Nürnberg befinden, zu bestimmten Konditionen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft wbg und anderen sozial und kirchlich orientierten Wohnungsbaugesellschaften anbieten. Hier können wir dann beispielsweise den Anteil

am geförderten Wohnungsbau bis auf 50% anbieten. Aber auch andere Wohnungsbauunternehmen, die die Anforderungen der Stadt Nürnberg erfüllen, können auf städtische Flächen zurückgreifen.

Die Bereitstellung von preisgünstigem Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten ist und bleibt für die SPD-Stadtratsfraktion in den nächsten Jahren Schwerpunkt ihrer kommunalpolitischen Arbeit.



Weitere Informationen: Gerald Raschke; raschke.gerald@t-online.de

VAG-TARIFREFORM: DIE WICHTIGSTEN ÄNDERUNGEN

Der Stadtrat hat im letzten Jahr eine umfassende Tarifreform für die VAG auf den Weg gebracht. Wer sich über Zeitkarten an den Nahverkehr bindet, wird spürbar belohnt. Zu den Neuerungen ab 1. Januar gehören:

Kostengünstige Schülertickets

Zum bereits seit Oktober neu eingeführten Semesterticket, das Studierenden eine verbundweite Mobilität für 43 Euro bietet, ergänzt nun ein durch die Stadt Nürnberg bezuschusstes Schülerticket das Angebot für viele junge Menschen. Es gilt für in Nürnberg wohnhafte (selbstzahlende) Schüler, die eine staatlich anerkannte Schule im Stadtgebiet Nürnberg-Fürth-Stein besuchen. Das Ticket kostet für Schüler, die Vollzeit zur Schule gehen, 25 Euro (5. bis 10. Klasse) bzw. 35 Euro (11. bis 13. Klasse) statt 50,90 Euro.

Die Koordination der Schülertickets läuft über das Schulamt. Die Schulen erhalten für ihre Schüler die Berechtigungskarten (=Verbundpass). Mit diesen können die Schüler die Wertmarken im KundenCenter am Hauptbahnhof, im Onlineshop oder am Fahrkartenautomaten in Nürnberg erwerben.

35-Euro-Monatsticket ab 9 Uhr

Das 9-Uhr-Abo, das von Montag bis Freitag ab 9 Uhr und an Wochenenden und Feiertagen rund um die Uhr genutzt werden kann, wird mit 35 Euro um mehr als 20 Prozent günstiger. Im Vergleich spart man sich dabei zukünftig 9,20 Euro pro Monat. Die Preismstellung erfolgt für bestehende Abo-Kunden automatisch.

Stärker rabattiertes Vierer-Ticket

Zwar steigt der Fahrpreis für die Einzelfahrt auf 3 Euro an, doch gibt es für den „Ab-und-zu-ÖPNV-Nutzer“ eine kostengünstige Alternative: Das 4er-Ticket. Die Mehrfahrtenkarte kostet 10,50 Euro, dies sind pro Fahrt 2,63 Euro und damit nur 3 Cent mehr als für die Einzelfahrt im Jahr 2015. Eine praktische und preiswerte Alternative ist auch das HandyTicket. Die hier gekauften Einzelfahrscheine gibt es zum rabattierten Mehrfahrtenpreis.

Das zeitlich uneingeschränkt gültige JahresAbo kostet zukünftig umgerechnet 1,90 Euro am Tag und ist damit im Vergleich zu einer täglichen Pkw-Fahrt weiterhin deutlich günstiger. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird zudem derzeit an einer Lösung mit den Kammern gearbeitet, so dass auch Mitarbeiter klei-

ner Betriebe in Zukunft leichter die attraktiven Konditionen des FirmenAbos in Anspruch nehmen können.

Das ebenfalls vorgesehene preiswerte PartnerAbo konnte mit den Partnern im VGN zum 1. Januar 2016 noch nicht abschließend geklärt werden. Wir werden uns aber weiter dafür einsetzen.

Insgesamt wird die wirtschaftliche Lage des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Deutschland zunehmend schwieriger. Bund und Land ziehen sich vermehrt aus der Finanzierungsverantwortung zurück. Dieser Entwicklung kann sich auch die VAG nicht entziehen, die deshalb mit einem steigenden Jahresdefizit über 70 Millionen Euro zu kämpfen hat. Mit dem nun eingeschlagenen Weg setzen wir auf einen neuen Ansatz anstatt auf lineare Preiserhöhungen. Gelegenheitsfahrer werden stärker zur Kasse gebeten. Im Gegenzug werden praktisch alle Gruppen der Stadtgesellschaft, seien es nun Rentnerinnen und Rentnern, Familien mit Kindern, die Schülerinnen und Schüler oder auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, günstige Optionen angeboten, wenn sie sich länger an die VAG binden.



Weitere Informationen: Thorsten Brehm; thorsten@brehm-nuernberg.de

ROLLENTAUSCH DER SPD-STADTRÄTE ZUM THEMA SUCHT UND DROGENHILFE

Nürnberg ist bei der Anzahl der Drogentoten unrühmlicher Spitzenreiter der Städte in Bayern. Der Drogenkonsum erfolgt nicht nur in Privatwohnungen, sondern auch in öffentlichen Toiletten, Parkanlagen oder Spielplätzen. Unter schlechten hygienischen Bedingungen, ohne medizinische Hilfe. Die Folgen: Schwere Infektionen wie HIV und Hepatitis bis eben zu Todesfällen. Seit langem schon fordern die Drogenhilfeeinrichtungen wie mudra, Lilith oder Hängematte e.V. neben der Substitution und den anderen Hilfeangeboten auch Drogenkonsumräume einzurichten.

Die SPD-Stadträte für Soziales, Gesundheit und Jugendhilfe widmeten den alljährlichen „Rollentausch“ deshalb dem Thema Sucht und Drogenhilfe. Vor Ort in den Einrichtungen der Drogenhilfe, Selbsthilfegruppen und im Klinikum machten sie sich ein eigenes Bild von der Situation und konn-

ten auch mit Abhängigen sprechen. So half Gabriele Penzkofer-Röhl bei spielsweise im Second-Hand-Laden von Lilith e.V., einem Arbeitsprojekt,



in dem drogenabhängige Frauen in allem rund um Kleidung, von der Warenkunde über Schneider und Nähen bis hin zu Beratung und Verkauf angelernt werden und so eine Chance bekommen den Weg in das Arbeitsleben zu finden.

Sonja Bauer und Claudia Arabackyj waren einen Abend in der Hängematte, einer Notschlafstelle für Abhängige. Die Abhängigen bekommen hier

zwar saubere Spritzen, müssen zum Konsum aber nach draußen. Die Spritzen werden dort gleich weggeworfen, aus Angst damit erwischt zu werden.

Eine menschenunwürdige Situation, die den öffentlichen Raum belastet und die Verelendung der Konsumenten fördert. Bei Konsum in überwachten, geschützten Räumen kann durch Betreuung dort das Risiko minimiert werden, an einer Überdosierung zu sterben. Niedrigschwellige Angebote könnten auch schwer erreichbare Drogenabhängige erreichen und zu Beratung, Therapie oder Substitution motivieren. Auch der öffentliche Raum würde entlastet. Voraussetzung wäre eine entsprechende Rechtsverordnung des Landes Bayern wie in anderen Bundesländern, die den Kommunen solche Einrichtungen ermöglicht. Die SPD Stadtratsfraktion wird sich weiter dafür einsetzen. Denn: Konsumräume können Leben retten!



Weitere Informationen: Sonja Bauer; sonja.bauer@spd-nuernberg.de

BUSHALTESTELLEN WERDEN ZUG UM ZUG BARRIEREFREI UMGEBAUT

Im Gegensatz zur Bayerischen Staatsregierung fährt die Stadt Nürnberg in Sachen „Barrierefreiheit“ einen geradlinigen Kurs. Seit Jahren treibt die SPD-Fraktion dieses Ziel voran. In Nürnberg sind schon alle U-Bahnhaltestellen barrierefrei ausgestattet und ab 2018 werden auch alle U-Bahnzüge selbständig von Menschen mit Einschränkungen benutzt werden können. Im Straßenbahnnetz sieht es ebenfalls schon sehr gut aus und im Zuge des geplanten Umbaus des Bahnhofvorplatzes sollen dort auch die verbliebenen Haltestellen barrierefrei gemacht werden.



Im Busnetz mit seinen 1000 Haltestellen besteht noch der größte Handlungsbedarf.

Auf Drängen der SPD hat nun der Verkehrsausschuss beschlossen ein Vorrangnetz von 160 Bushaltestellen in Angriff zu nehmen. Pro Haltestelle müssen durchschnittlich 40.000 Euro aufgewendet werden, weshalb der Ausbau schrittweise erfolgen muss. Bis zum Jahr 2022 sollten die Bushaltestellen umgebaut sein. Teilhabe und Inklusion sind für die SPD-Fraktion ganz zentral mit Mobilität verbunden. Deshalb müssen wir nun beginnen und kontinuierlich an dem Thema weiterarbeiten.



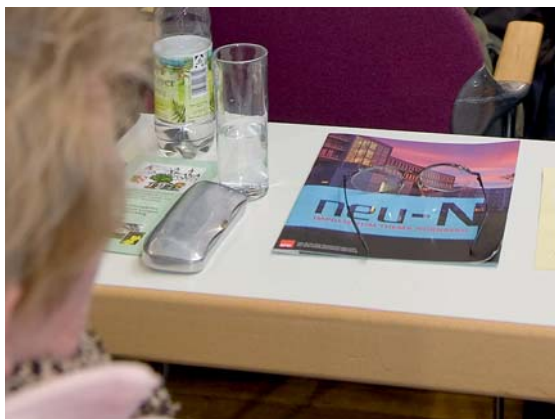
Weitere Informationen: Yasemin Yilmaz, Mitglied des Verkehrsausschusses; yasemin.yilmaz@spd-nuernberg.de

VERANSTALTUNGSREIHE NEU-N UND STADTRAT-TOUR: WIR SETZEN AUF BÜRGERDIALOG

Im Rahmen der Stadtrat-Tour war die Rathaus-SPD in letzter Zeit in insgesamt fünf verschiedenen Stadtvierteln vor Ort. Dort erkundigten sich die Stadträtinnen und Stadträte bei Hausbesuchen über die Situation im jeweiligen Stadtteil und die Anliegen der Bewohner. Bei einem zweiten Besuch berichteten sie dann über die konkreten Schritte, die auf die vielen Anregungen folgten. Sehr viele Bürgerinnen und Bürger (auch in den Vierteln mit geringer Wahlbeteiligung) erklärten im persönlichen Gespräch, dass sie sich grundsätzlich wohl in ihrem Stadtteil fühlten. Probleme betrafen stadtteilübergreifend vor allem die Themen Müll, Parken, Kontrollen im Verkehrsbereich, Barrierefreiheit und bessere Beleuchtung. Dort wo Probleme nicht gelöst werden konnten, wurde im Ge-

spräch erklärt, wo auch für die Kommunalpolitik Grenzen liegen.

Im neuen Jahr wird die Rathaus-SPD ebenfalls auf Bürgerdialog setzen. Be-



ginnen wird das Jahr dabei mit einer Wiederauflage der Veranstaltungsreihe Neu-N. Zu verschiedenen Themen, die Nürnberg bewegen, wird es Fachvorträge und Möglichkeiten zur

Diskussion geben: Von der Frage nach der sinkenden Wahlbeteiligung, über das Thema Gentrifizierung und bezahlbares Wohnen in der Stadt bis hin zur Frage, wie eine moderne Sportförderung in der Stadt ausschauen soll, oder welche Wege die Kinder- und Jugendpsychiatrie einschlagen sollte. Los geht's am 25. Februar mit der Frage, was wir vor Ort gegen die sinkende Wahlbeteiligung tun können. Dazu wird die Mitverfasserin der Studie zur „Sozialen Spaltung der Demokratie“ der Bertelsmann-Stiftung, Frau Christina Tillmann einen Input liefern. Anfang März widmet sich die Rathaus-SPD dann dem Thema Gentrifizierung.

Weitere Informationen zu diesen und den weiteren Veranstaltungen von Neu-N gibt es unter:
www.neu-n.de

SPLITTER AUS DEN STADTEILEN

JOHANNIS: Nach einem gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen und einiger der kleinen Parteien wurde für den Bielingplatz nun eine Aufwertung und mehr Grün beschlossen. Die Arbeiten beginnen im Frühjahr und sollen Ende 2016 abgeschlossen sein.

ALTSTADT: Eine Händlerbefragung soll die Standortzufriedenheit der Händler auf dem Hauptmarkt ermitteln und deren Wünsche erfragen. Mit einbezogen werden soll der Obstmarkt, dessen Entwicklungspotential bei der Umgestaltung berücksichtigt werden soll.

ALMOSHOF: Die SPD-Fraktion beantragte die Prüfung des Baus behindertengerechter Toiletten und eines

befestigten Weges vom Eingang des Kulturladens Schloss Almoshof zu den Gebäuden sowie eine Verbesserung der gesamten technischen Ausstattung.

SCHWEINAU: Die Verwaltung wurde aufgefordert einen Zebrastreifen in der Webersgasse, in Höhe des Friedhofes bzw. der Norma zu prüfen. Außerdem sollen Autofahrer verstärkt für das geltende Tempo 30 sensibilisiert werden.

SIEDLUNGEN SÜD: Auf Antrag der SPD wurde die Verwaltung aufgefordert, beim Neubau der Hafenbrücken die Wegweisung in die Innenstadt und zur Messe dahingehend zu ändern, dass der Verkehr nicht durch die Saarbrückener Straße fließt, um die angren-

zende Wohnbevölkerung vor Lärm und Schadstoffen zu schützen.

STEINBÜHL: Die Verwaltung wurde aufgefordert über den aktuellen Sachstand in Bezug auf die Reaktivierung des Kaufhof-Geländes am Aufseßplatz zu berichten.

DIE STADTRATSFRAKTION BESUCHTE: Welt-Aids-Tag +++ Bayerischer Blinden- und Sehbehindertenbund +++ Kreishandwerkerschaft +++ Kolpinggedenktag +++ CCN 50 plus +++ Koopstadt in Nürnberg +++ Ehrungsabend der Städtischen Werke +++ 60 Jahre italienische Zuwanderung +++ Fußball und Menschenrechte +++ Weihnachtsfeiern in Altenheimen +++